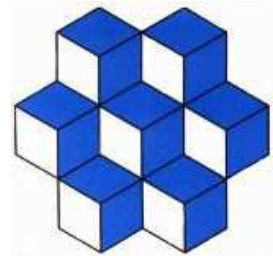


# BAUGEWERBLICHE VERBÄNDE

BAUGEWERBE-VERBAND NORDRHEIN  
DACHDECKER-VERBAND NORDRHEIN  
DEUTSCHER AUSLANDSBAU-VERBAND E. V.  
FACHVERBAND AUSBAU UND FASSADE NRW  
STRASSEN- UND TIEFBAU-VERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN  
ZIMMERER- UND HOLZBAU-VERBAND NORDRHEIN



Graf-Recke-Str.43  
40239 Düsseldorf  
Tel.: 0211/91429-18  
Fax: 0211/91429-31  
Kontakt: Harald Siebert

„Auch niedrigere Baustandards sind dringend nötig“

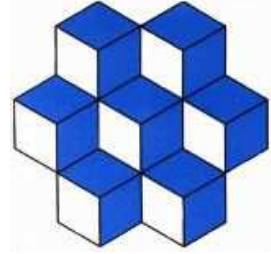
## **Baugewerbe fordert Bleiberecht für Flüchtlinge nach einer Ausbildung**

**Düsseldorf.** Wenn Flüchtlinge eine handwerkliche Ausbildung erfolgreich absolvieren, sollten sie ein längerfristiges Bleiberecht in Deutschland bekommen. Mit dieser Forderung schalten sich die Baugewerblichen Verbände (BGV) in die Diskussion über den Umgang mit Asylbewerbern und Flüchtlingen ein. Das Bleiberecht könne gegen den Fachkräftemangel insbesondere in den Bau- und Ausbauberufen helfen. Zugleich spricht sich BGV-Hauptgeschäftsführer Lutz Pollmann für kräftige Impulse für den Wohnungsbau aus - unter anderem durch bessere Abschreibungsmöglichkeiten und ein Absenken von Standards und Anforderungen.

„Viele unserer Betriebe suchen ebenso intensiv wie erfolglos nach Lehrlingen und Fachkräften. Sie sind daher gerne bereit, sich Asylanten und anderen Flüchtlingen zu widmen und sie mit den Berufsanforderungen vertraut zu machen“, argumentiert Pollmann. Die Unternehmen verbänden damit ihre soziale Verantwortung mit der eigenen Zukunftssicherung durch qualifizierte und engagierte Mitarbeiter. Firmen wie Flüchtlinge bräuchten dann jedoch die sichere Perspektive eines Bleiberechts. „Wenn den Zuwanderern direkt nach Abschluss der Lehre oder auch nur in den folgenden zwei Jahren die Abschiebung droht, werden wohl deutlich weniger Betriebe diese sicher nicht ganz einfache Aufgabe übernehmen. Deswegen halten wir eine Änderung der Bestimmungen für dringend nötig“, betont der Hauptgeschäftsführer. Gerade das Bauhandwerk habe tausendfache Integrationserfahrungen und damit bewiesen, dass der Satz aus der Imagekampagne des Handwerks „Für uns zählt nicht, wo jemand herkommt, sondern wo er hinwill“ für es ganz besonders gelte. Wichtig für den Erfolg der Ausbildung seien daneben ausreichende Deutschkenntnisse und vielfach eine psychosoziale Betreuung zur Bewältigung der Fluchterlebnisse. Dabei müssten die Behörden ebenfalls Unterstützung leisten.

Der immense Zustrom von Menschen nach Deutschland hat die Prognosen über den Bedarf an Wohnungen zu Makulatur werden lassen. „Für uns ist klar, dass wir in der nächsten Zeit

**PRESSSEINFORMATION**



400.000 zusätzliche Wohnungen pro Jahr benötigen. Wir schieben ja noch ein Defizit von über einer Viertelmillion nicht gebauter Wohnungen aus den zurückliegenden Jahren vor uns her“, beschreibt Lutz Pollmann die Lage in diesem Bereich. Es gehe primär um Wohnraum im unteren und mittleren Preissegment. Um hier die Knappheiten abzubauen, müssten die öffentliche Hand und Wohnungsunternehmen den sozialen Wohnungsbau „neustarten“. Mehr Haushaltsmittel seien nötig. Für private Investoren empfehle sich eine Sonderabschreibung sowie eine erhöhte steuerliche Abschreibungsmöglichkeit.

Parallel dazu müssen nach Überzeugung der BGV die Vorschriften rund ums Bauen zumindest vorübergehend „ent-rümpelt“ werden. Die hohen Standards hätten für sich genommen durchaus ihre Berechtigung. In der aktuellen Notlage würden sie indes Neubautätigkeiten behindern, nicht zuletzt weil sie das Bauen erheblich verteuern. Ob Stellplätze, Natur- und Schallschutz oder Energieeinsparung: „Da und anderswo müssen wir zeitweise Abstriche machen. Vieles kann man ja später nachholen, wenn die Gebäude in eine reguläre Nutzung übergehen“, meint Pollmann. Die Politik sei gefordert, schnellstmöglich aktiv zu werden. Das Baugewerbe sei daher froh, dass es in dieser Frage offensichtlich einen parteiübergreifenden Konsens in den Parlamenten gibt. Das betreffe auch die Forderung nach finanziellen und steuerlichen Anreizen für den Wohnungsbau.

PI 09/2015

## **Die Baugewerblichen Verbände als Stimme des Bau- und Ausbaugewerbes**

Die Baugewerblichen Verbände vertreten als Dachorganisation von sechs Verbänden aus dem Bau- und Ausbaugewerbe die Interessen von etwa 5.000 mittelständischen Unternehmen in NRW mit etwa 55.000 Mitarbeitern gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Sie bieten zudem als Dienstleister umfassenden Service und Beratung für die Betriebe. In den ehrenamtlichen Gremien der sechs Verbände engagieren sich gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Unternehmer. Das Baugewerbe stellt den bedeutendsten Handwerksbereich dar. Bei den zentralen wirtschaftlichen Kennziffern übertrifft es in NRW zudem die Bauindustrie sehr deutlich - bei Betriebs-, Mitarbeiter- und Umsatzzahlen um den Faktor 3, bei den Auszubildenden um den Faktor 6.